

Die Suche nach einer Alternative

Wenn der Nationalismus reaktionär ist, welche rationale und humanistische Alternative kann ein moralischer Sozialismus ihm entgegensetzen? Für Nationalstaaten – in Gestalt von Nationen oder Staaten – ist kein Platz in einer freien Gesellschaft. Wie stark das Verlangen mancher nach einer gemeinsamen Gruppenzugehörigkeit auch sein mag, Vernunft und die Einhaltung moralischer Verhaltensweisen verpflichten uns, das Universalitätsprinzip der Stadt oder Gemeinde und die politische Kultur einer direkten Demokratie wiederzugewinnen, wenn auch auf höherer Stufe als bei der *polis* im Athen des Perikles. Gruppenzugehörigkeiten sollten am besten durch Gemeinschaften ersetzt werden – durch eine gemeinsam geteilte, an humanen Maßstäben ausgerichtete nichthierarchische und libertäre Zugehörigkeit, die allen offensteht, ohne Rücksicht auf Geschlechter, ethnische Merkmale, sexuelle Vorlieben, Fähigkeiten oder persönliche Neigungen. Ein solches Gemeinschaftsleben lässt sich einzig durch eine neue Politik des libertären Munizipalismus wiedererlangen: durch die Demokratisierung der Gemeinden, sodass diese von den Bewohner_innen selbst verwaltet werden können, und durch die Schaffung einer Konföderation dieser Gemeinden, um eine duale Gegenmacht zum Nationalstaat aufzubauen.

Die Gefahr, dass demokratisierte Gemeinden in einer dezentralisierten Gesellschaft zu wirtschaftlichem und kulturellem Provinzdenken führen könnten, ist sehr real und kann nur durch eine lebendige Konföderation der Gemeinden auf der Grundlage materieller Gegenseitigkeit verhindert werden. Die ›Selbstversorgung‹ der Gemeinschaft würde, selbst wenn sie heute möglich wäre, keineswegs eine echte Basisdemokratie sicherstellen. Eine Konföderation von Gemeinden bietet als Vermittlerin des Zusammenwirkens, der Kooperation und der gegenseitigen Unterstützung der jeweiligen Gemeinden die einzige Alternative einerseits zum mächtigen Nationalstaat und andererseits zum Provinzdenken der Dörfer und Städte. Diese vollständig demokratische Konföderation, in der die Abgeordneten der einzelnen Gemeinden in den konföderalen Institutionen absetzbar und austauschbar wären und einer ständigen öffentlichen Kontrolle unterlägen, wäre eine Erweiterung lokaler Freiheiten auf die regionale Ebene und brächte ein sensibles Gleichgewicht zwischen Ortschaften und Regionen zustande, bei dem die kulturelle Vielfalt der Städte erblühen könnte, ohne dass sich die Städte nach innen gerichtet der lokalen Exklusivität zuwenden.

Sicher würden dann auch produktive kulturelle Aspekte innerhalb und zwischen den verschiedenen Konföderationen geteilt werden, Hand in Hand mit dem gegenseitigen Austausch von Waren und Dienstleistungen, die die materielle Lebensgrundlage bilden.

In derselben Weise würde ›Eigentum‹ vergemeindet werden, weder verstaatlicht (was nur eine Verstärkung der Staatsmacht durch wirtschaftliche Macht bedeutete), noch kollektiviert (was nur private Unternehmerrechte in eine ›kollektive‹ Form verwandelte) oder privatisiert (was den Wiederaufschwung einer auf Konkurrenz basierenden Marktwirtschaft begünstigte). Eine vergemeindete Wirtschaft käme einem System von Genossenschaftsrechten nahe, das einzig auf den Bedürfnissen und der Bürgerschaft der Menschen in einer Gemeinde basiert, und nicht auf deren Besitz- und Berufsinteressen. Wo eine Bürgerversammlung der Gemeinden die Wirtschaftspolitik bestimmt, kontrolliert – geschweige denn besitzt – keine Einzelperson die Produktionsmittel und die Lebensbedürfnisse. Wo konföderale Mittel zur Verwaltung der Ressourcen einer Region das ökonomische Verhalten als Ganzes koordinieren, weichen Einzelinteressen oft größeren menschlichen Interessen und wirtschaftliche Anliegen häufig demokratischen Interessen. Die Probleme, welche die Gemeinden und deren Konföderationen lösen, würden sich dann nicht mehr um wirtschaftliche Eigeninteressen drehen, sondern ihr Fokus läge auf demokratischen Verfahrensweisen und schlicht auf einer egalitären Erfüllung menschlicher Bedürfnisse.

Es sollte kein Zweifel bestehen, dass die technologischen Mittel, die den Menschen die Wahl ihrer Lebensweise ermöglichen und ihnen die freie Zeit verschaffen, in der sie sich an einer demokratischen Politik in vollem Umfang beteiligen können, höchst notwendig sind für die libertäre, konföderal organisierte Gesellschaft, die ich hier kurz beschrieben habe. Selbst die besten moralischen Absichten führen wahrscheinlich zu irgendeiner Form der Oligarchie, wo der unterschiedliche Zugang zu den Lebensgrundlagen eine Elite hervorbringt, die mehr von den wertvollen Dingen des Lebens hat als die anderen Bürger_innen. Deshalb ist die Enthaltksamkeit, die einige Linke fordern, in heimtückischer Weise reaktionär, denn sie ignoriert nicht nur die Freiheit der Menschen, ihre eigene Lebensweise wählen zu können – die einzige Alternative zur bestehenden Gesellschaft, in der die Menschen zu stumpfsinnigen Konsument_innen werden –, sondern unterstellen zudem die Freiheit an sich einem fast mystischen Verständnis

von den Geboten der ›Natur‹. Eine freie und ökologische Gesellschaft kann – im Unterschied zu einer Gesellschaft, die durch eine autoritäre Elite oder durch den ›freien Markt‹ bestimmt wird – nur in Gestalt einer ökologisch-konföderalen Form des libertären Munizipalismus geschaffen werden. Wenn freie Kommunen nach und nach die Nation ersetzen, und konföderale Organisationsformen den Staat ablösen, dann wird sich die Menschheit vom Nationalismus befreit haben.

Anarchismus und Macht während der Spanischen Revolution

(November 2002)

Da >Anarchismus< in revolutionären Kreisen heutzutage zum *mot du jour* geworden ist, sollten wir deutlich zwischen einer Gesellschaft unterscheiden, die auf anarchistischen Grundsätzen basiert, und einer Gesellschaft, die nach den Prinzipien der sozialen Ökologie aufgebaut ist. Der traditionelle Anarchismus strebt vor allem nach der Befreiung der Einzelnen von allen moralischen, politischen und gesellschaftlichen Zwängen. Dabei versäumt er jedoch, die alles entscheidende und sehr konkrete Frage der Macht zu behandeln, die sich in einer Zeit sozialer Aufstände allen Revolutionären stellt. Anstatt sich damit zu beschäftigen, wie die Menschen in konföderalen Volksversammlungen organisiert die Macht ergreifen und eine voll entwickelte libertäre Gesellschaft errichten könnten, sahen Anarchist_innen die Macht im Wesentlichen als böses Übel, das vernichtet werden muss. So erklärte Proudhon einmal, dass er die Macht solange teilen und immer weiter teilen würde, bis sie am Ende nicht mehr existiere. Proudhon könnte damit durchaus beabsichtigt haben, die Regierung auf eine minimale Autoritätsausübung über den Einzelnen zu reduzieren, doch seine Aussage erhält die Illusion am Leben, Macht könne tatsächlich aufhören zu existieren – eine Annahme, die genauso absurd ist wie die Vorstellung, die Schwerkraft könne aufgehoben werden.

Die tragischen Folgen dieser Irreführung, die den Anarchismus seit seinen Anfängen belastet haben, lassen sich am besten verstehen, wenn wir ein entscheidendes Ereignis in der Spanischen Revolution von 1936 untersuchen: Am 21. Juli siegten katalanische Arbeiter_innen, besonders in der Hauptstadt Barcelona, über General Francisco Francos Armee und erlangten so die vollständige Kontrolle über eine von Spaniens größten und am stärksten industrialisierten Provinzen, darunter zahlreiche wichtige Städte an der Mittelmeerküste und umfangreiche Agrargebiete. Teilweise wegen ihrer ursprünglich libertären Tradition und teilweise wegen des Einflusses der revolutionär-syndikalistischen spanischen Massengewerkschaft CNT-FAI (*Confederación Nacional del Trabajo - Federación Anarquista Ibérica*) begannen die katalanischen Proletarier_innen, ein umfangreiches Netzwerk

zu organisieren: Verteidigung, Nachbarschaften, Versorgung, Transportausschüsse und Versammlungen. Gleichzeitig übernahmen revolutionäre Bauern (ein großer Teil der Landbevölkerung) Grund und Boden in Agrarregionen und kollektivierten diesen. Revolutionäre Milizen schützten Katalonien und seine Bevölkerung vor möglichen Gegenangriffen. Die Milizen wären trotz ihrer oftmals veralteten Bewaffnung ausreichend gerüstet gewesen, um die gut ausgebildete und ausgestattete Rebellenarmee und Polizei zu besiegen. Die katalanischen Arbeiter_innen und Bauern hatten ja bereits die bourgeoise Staatsmaschinerie zerschlagen und eine von Grund auf neue Regierung und politische Ordnung aufgebaut, in der sie durch eigens geschaffene Institutionen direkte Kontrolle über die Anliegen der Bürger_innen und der Wirtschaft ausübten. Sie hatten schlicht gesagt die Macht übernommen – nicht nur, indem sie die Namen der früheren unterdrückerischen Institutionen änderten, sondern ebenso, indem sie die vorherigen Institutionen buchstäblich zerstörten und grundlegend neue schufen, deren Form und Substanz der Bevölkerung das Recht verlieh, über die Tätigkeiten der Wirtschaft und Gemeinschaft ihrer Region maßgeblich zu bestimmen.¹

Nahezu selbstverständlich übertrugen Kämpfer_innen der CNT ihrer Gewerkschaft die Befugnis, eine revolutionäre Regierung zu bilden und dieser eine politische Richtung zu geben. Trotz ihres Rufes, disziplinlos zu sein, waren die meisten CNT-Mitglieder (die *cenetistas*) libertäre Syndikalist_innen und keine Anarchist_innen; sie waren in hohem Maße ihrer wohlstrukturierten, demokratischen, disziplinierten und koordinierten Organisation verpflichtet. Im Juli 1936 handelten sie nicht nur mit Rücksicht auf ihre Weltanschauung, sondern oft auf eigene Initiative hin, um eigene libertäre Institutionen aufzubauen: Nachbarschaftsräte, Nachbarschaftsversammlungen, Fabrikversammlungen sowie zahlreiche sehr formlose Komitees, um alle festgelegten Strukturen zu überwinden, die

1 Die revolutionären Syndikalist_innen verstanden die Maßnahmen, mit denen sie den Wandel zuwege gebracht hatten, als Form der direkten Aktion. Entgegen dem, was einige Anarchist_innen heute als >direkte Aktion< feiern (Ausschreitungen, Steinewerfen und Gewalt), meinten sie damit wohlorganisierte, konstruktive Tätigkeiten, die eine unmittelbare Rolle beim Verwalten der Bürgerangelegenheiten spielten. Für sie bedeutete >direkte Aktion< die Schaffung einer politischen Ordnung, den Aufbau öffentlicher Institutionen und die Formulierung und Inkraftsetzung von Gesetzen, Regulierungen und ähnlichen Dingen, was reine Anarchist_innen als eine Schwächung des >Willens< oder der >Unabhängigkeit< der Einzelnen auffassten.